

BSTU  
000014

Es ist stets davon auszugehen, daß der Gegner im Rahmen der von ihm geführten "Menschenrechtskampagne" immer stärker dazu übergeht, die sozialistische Gesetzlichkeit sowie die Schutz-, Sicherheits- und Justizorgane der DDR anzugreifen und zu verleumden. Hierzu nutzt er sein ganzes Reservoir der politisch-ideologischen Diversion - von festgestellten Mängeln oder geringfügigen Verletzungen unserer sozialistischen Gesetzlichkeit über Halbwahrheiten bis hin zur bewußten Lüge und Verleumdung.

Neben anderen Zentren der politisch-ideologischen Diversion treten hierbei insbesondere solche "Menschenrechts- und Gefangenorganisationen" in Erscheinung, wie

- "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte",
- "Amnesty International",
- "Selbsthilfvereine ehemaliger DDR-Häftlinge",
- "Brüsewitz-Zentrum" und das
- "Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus".

Für die erfolgreiche Erfüllung des Klassenauftrages in den 80er Jahren ist es deshalb erforderlich, daß alle Mitarbeiter im politisch-operativen Untersuchungshaftvollzug strikt und einheitlich die Gesetze des sozialistischen Staates und die darauf basierenden Befehle und Weisungen des Ministers für Staatssicherheit verwirklichen, keinerlei Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit zulassen und selbst konsequent die Gesetze einhalten.

Unter Beachtung der engen Wechselwirkung zwischen Durchsetzung der Pflichten der Inhaftierten und Gewährleistung ihrer Rechte sind daher alle im Rahmen des Untersuchungshaftvollzuges notwendigen politisch-operativen und organisatorischen